

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Eduard Reinhold, Dresden.  
Besitzer: Eduard Reinhold, Dresden.  
Verantwortlicher: Eduard Reinhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen wembeiher Ort, ist es durch oder ohne Einverständnis des Verlegers bei der Beibehaltung der Dresdener Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der nächsten Unterhaltungsbeilage: 40 Pf. (Post- und Transportkosten 10 Pf. monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 5.50 M., jährlich 10.00 M., zuzüglich 10 Pf. für den Posttransport). Einzelnummern 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Dresden, Nr. 1201. Sonntags: Wettinerplatz 10, Dresden, Nr. 1201. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Dresden, Nr. 1201. Druckerei: Wettinerplatz 10, Dresden, Nr. 1201.

Abdruckpreis: 30 Pf. (Post- und Transportkosten 10 Pf. monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 5.50 M., jährlich 10.00 M., zuzüglich 10 Pf. für den Posttransport). Einzelnummern 10 Pf.

Nr. 295

Dresden, Sonnabend, den 19. Dezember 1931

42. Jahrgang

## Justizschande in Oesterreich

### Heimwehr darf ungestraft putzchen Einschüchterung der Geschworenen

Wien, 18. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Im Obergerichtspräsidentenprozess wurden Heimwehr und die übrigen sieben Angeklagten am Freitag abend um 18.30 Uhr von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Der Staatsanwalt war energisch für die Verurteilung der Angeklagten eingetreten. Als im Zuscherraum nach der Verkündung des Urteils Beifallstundgebungen laut wurden, griff der Vorsitzende ein und rief die Demonstranten zur Ordnung.

Der Staatsanwalt hatte in seinem Plädoyer u. a. ausgeführt, daß die Bestimmungen über den Hochverrat, die in der Monarchie gegolten hätten, auch heute noch gelten. Eigentlich scheint es, daß sich Primex, der sich als Gegner der legitimistischen Bewegung, mit seiner Beweisführung hinter das legitimistische Prinzip verstehe. Wenn sich große Volksmassen hinter einen Verfassungsverstoß stellen, so entzieht, wie im Jahre 1918, ein neues Staatsleben. Wählungener Hochverrat müsse aber bestraft werden. Primex habe im wesentlichen ein Geständnis abgelegt, wenn er erklärt, daß er mit dem Aufgebot eines Druck auf die Regierung habe ausüben wollen. Sein Verfassungskonzept sei nichts anderes als die Diktatur.

Sobald kamen die fünf Anwälte der sieben Mitangeklagten Primex's zu Wort. Der erste vertrat Primex mit Andreas Hofer. Danach nahm der Staatsanwalt noch einmal das Wort. Er sagte u. a., ein Freispruch würde zur Folge haben, daß sich aller 14 Tage ein Putsch ereignen würde. Einer der Verteidiger erwiderte darauf sehr erregt: „Wenn die Geschworenen wünschen, daß ihnen der rote Hahn auf-

Das gesetzt werde...“ Die weiteren Ausführungen des Verteidigers gingen in lebhaften Beifallstundgebungen des Publikums unter.

Sofort nach dem Freispruch der angeklagten Heimwehr-Angehörigen wurden sämtliche Angeklagten auf freien Fuß gesetzt. Sie begaben sich, von einer zahlreichen Menschenmenge stürmisch begrüßt, ins Hotel, wo sie sofort eine Reception abhielten. Am Abend fand eine von den Führern des Reichstages beauftragte eindrucksvolle Versammlung statt, die ohne Störung verlief.

### Der gebilligte Putsch

Der Freispruch des Putschisten Primex wird bei den österreichischen Arbeitern helle Entrüstung hervorrufen.

Am 14. Juli 1927 sprach das Wiener Schwurgericht einige Heimwehrleute aus dem Burgenland frei, die auf einen vorbereitenden Arbeiterzug geschossen und nur zu gut getroffen hatten. Als dieses Urteil, das nicht die erste Freisprechung reaktionärer Mordtaten war, am nächsten Morgen bekannt wurde, verließen die Arbeiter in dem Proletariatbezirk Floridsdorf die Betriebe und marschierten zum Parlament, um ihrer Empörung Ausdruck zu geben und Sühne gegen derartige Urteile in Zukunft zu fordern. Aus dieser Demonstration hat sich jenes fürchterliche Verbrechen entwickelt, das mit über 90 Toten, Hunderten Verletzten, der Einschüchterung des Justizpalastes zunächst und nachher mit zahlreichen scharfen Verurteilungen abschloß. Zwei Tage später,

als der Proteststreik der Eisenbahner noch andauerte, kamen aus der Steiermark und aus Innsbruck Meldungen, daß die Heimwehr in militärischer Ausrüstung und Formation Bahnhöfe besetzt und terroristische Akte begonnen hatte, um die Eisenbahner zum Dienst zu zwingen. Es war der leibhaftig verstorbene Chefredakteur unseres Wiener Bruderblattes, Friedrich Kusterli, der mitten in dem aufgeregten Durcheinander jenes Abends die Meldungen als das Wichtigste bezeichnete.

In der Tat hat der Heimwehrafachismus seit jenem Jornausbruch Wiener Arbeiter stark überhandgenommen. Schließlich ist es ja sogar dahin gekommen, daß ein jugendlicher, hocharistokratischer Schimpfbold, der 18fache Schloßbesitzer Rüdiger Starhemberg aus Oberösterreich, im Jahre 1930 zum Innenminister im Kabinett des Wehrministers Raugoin ernannt wurde und zugunsten der schwerbewaffneten Heimwehr die Staatsmacht auf Waffensuche in die Arbeiterheime, Konsumvereine und sozialdemokratischen Sekretariate schickte konnte. Selbst im Keller des Wiener Parteihauses wurden Marxer durchbrochen, dem Arbeiterhüttenbund wurden die Scheffelstufen weggenommen, und auch nach der Beseitigung des Ministeriums Raugoin-Starhemberg durch die Volkswahl der demokratischen Republik in der Parlamentswahl vom 9. November 1930 ließ der Wehrminister in den Kellern des Wiener Arsenals nach Waffen graben, was so unfaßbar vor- genommen wurde, daß ein Wehrmann den Tod fand.

Die fürchterliche Wirtschaftskrise und die Hoffnung auf einen fascistischen Umsturz in Deutschland ließ die heimlichen Heimwehrführer an jenem Sonntag des letztverwichenen Septembers losbrechen. Drei sozialdemokratische Arbeiter fielen den Schlingen der Putschisten zum Opfer, mehrere andere, aber auch staatliche Verwaltungsbeamte, christlichsoziale und landbäuerliche Abgeordnete und Bürgermeister kamen mit mehrstündiger Einsperrung davon. Eine Anzahl Arbeiterwohnungen, Arbeiterheime und Kinderhorte

## Opfer des Krisensturms

Vorsig und Hanomag in Zahlungsnöten

### Das Alte stürzt

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die weltbekannte Berliner Maschinenfabrik A. Vorsig, G. m. b. H., hat am Freitag ihre Zahlungen eingestellt. Das Vorsig-Unternehmen gehört zu den ganz wenigen Großbetrieben in Deutschland, die ihren Familiencharakter bewahrt haben.

Zu den Gründen der Zahlungseinstellung erfahren wir, daß sich die Situation bei Vorsig seit dem Juli dieses Jahres durch Verluste einer Tochtergesellschaft, der Vorsig-Hall-Nummernvereinigung sowie durch eigene Verluste bei Schuldern und durch starke Verluste infolge des Abbruchverfalls im Auslande außerordentlich verschärft hat. Hinzukommt, daß in den letzten Monaten der Auftragsrückgang ständig gesunken ist. Trotz alledem ist der augenblickliche Beschäftigungsgrad bei den Vorsig-Werken in Berlin-Regel nicht ungünstig. Er beläuft sich gegenwärtig auf rund 12 Millionen Mark, von denen sich allerdings bereits Aufträge in einem Umfang von 7 Millionen Mark in Fabrikation befinden. Der noch nicht in Arbeit genommene Restbestand an Aufträgen von etwa 5 Millionen Mark würde die derzeitige Belegschaft von 3700 Mann noch bis Ende Februar beschäftigen.

Die Vorsig-Verwaltung betont nachdrücklich, daß die Zahlungseinstellung nur die A. Vorsig, G. m. b. H., in Berlin-Regel betrifft und nicht die übrigen Werke des Konzerns, also auch nicht die Vorsig-WB in Oberschlesien. Das Spitzenunternehmen des Vorsig-Konzerns bildet die Vorsig-Offene-Handelsgesellschaft, die im Alleinbesitz der beiden Brüder Ernst und Konrad von Vorsig ist. In dieser Gesellschaft sind sämtliche Aktien der Vorsig-Werke A. B. in Oberschlesien, die die Eisen- und Stahlwerke des Vorsig-Konzerns darstellt, ferner sämtliche Anteile der A. Vorsig, G. m. b. H., Berlin-Regel, und die 40 Prozent Anteile der Vorsig-Lokomotivwerke (60 Prozent gehören der WAG) zusammengefaßt.

Die Verwaltung erklärt ferner, daß die Zahlungseinstellung bei Vorsig-Regel erfolgt ist, nachdem private Verhandlungen mit den Großgläubigern zu keinem Resultat geführt haben. Die Lage hat sich in den letzten acht Wochen dadurch zugespitzt, daß Vorsig-Regel über 80 Prozent seiner Produktion in das Ausland exportierte und damit unter den übrigen Schwierigkeiten noch durch den Abbruch-

wirtswart in der Welt schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist die entscheidende Frage für die Berliner Belegschaft. Die Verwaltung hat vorsorglich Stilllegungsantrag gestellt, vertritt jedoch den Standpunkt, daß bei günstigem Verlauf der Sanierungsverhandlungen mit den Gläubigern und bei einigermaßen normalem Auftragsrückgang der Betrieb aufrechterhalten werden kann. Zu den Großgläubigern gehört auch das Reich, das auf Antrag Vorsigs im vergangenen Sommer dem Unternehmen über das Reichsfinanzministerium einen Subventionskredit von 1,2 Millionen Mark gegeben hat, der in Aufträgen abzurufen ist.

Neben Vorsig gibt es vielleicht nur noch ein deutsches Großunternehmen, das für die deutsche Wirtschaft im Auslande in der Vorkriegszeit ebenso repräsentativ war, das ist der Krupp-Konzern. Die Lieferung von Kanonen und Lokomotiven war das Wahrzeichen des wirtschaftlich imperialistischen Aufstieges des Deutschlands der Vorkriegszeit.

Aber auch für die innere soziale und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands war die Firma Vorsig von großer Bedeutung. 1887 gegründet, haben Maschinenbauer von Vorsig schon am 18. März 1848 Parteiladen gebaut und sie verteidigt, wie man in Eduard Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ nachlesen kann. Der Name Ernst von Vorsig ist mit der Politik der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, deren Präsident er bis heute geblieben ist, aufs engste verbunden. Aber immer war der Name Ernst von Vorsig ein Symbol sozialpolitischer Unabhängigkeit.

Wieviel von den Vorsig-Werken erhalten werden kann, ist eine zur Zeit schwer zu entscheidende Frage. Natürlich wird bei der Sanierung zur Deckung der Verluste in erster Linie auch das Privatvermögen der Familie Vorsig herangezogen werden müssen. Es werden aber auch der preussische Staat und das Deutsche Reich selbst große finanzielle Anstrengungen machen müssen — selbstverständlich nicht, ohne sich die entsprechende Kontrolle zu sichern —, um jebiel Arbeitsmöglichkeiten wie nur denkbar bei der Sanierung der Firma Vorsig für die Zukunft im Interesse der Belegschaften aufrechtzuerhalten.

### Vergleichsverfahren bei Hanomag

Die Krisenverschärfung in der Weltwirtschaft hat auch die Hanomag (Hannoversche Maschinenbau AG., vormals Georg Meißner) so schwer in Mitleidenschaft gezogen, daß ihr Aufsichtsrat jetzt beschlossen hat, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu beantragen.

Im ersten Halbjahre 1931 war die Beschäftigung noch relativ zufriedenstellend, aber seit den Juliereignissen und im Gefolge der Währungserschütterungen der ganzen Welt sind die Umsätze derart zurückgegangen, daß nur noch etwa ein Drittel des Absatzes von 1930 (rund 40 Millionen Reich) erreicht wurde. Die notwendige und erhoffte Verringerung der Lager wurde dadurch unmöglich gemacht, was wieder eine erhebliche Verknappung der Geldmittel zur Folge hatte. Entscheidend aber für die Zahlungseinstellung war auch, daß in diesem Jahre im Gegensatz zu früheren Jahren der besonders für das Autogeschäft notwendige Winterüberbrückungskredit von den Banken nicht bereitgestellt werden konnte. Es zeigt sich auch hier, wie das Festliegen großer Bankkredite besonders in der Schwerindustrie und wie die immer noch nicht gesicherte Stillhaltung der ausländischen Kredite die Lebensfähigkeit großer deutscher Unternehmen zunehmend gefährden.

Die Hanomag ist eine der größten und repräsentativsten mitteldeutschen Fabrikunternehmen, die auch im Ausland immer einen guten Ruf hatte. Der Reiz der Produktion des bereits 1871 gegründeten Werkes, das bei Hannover-Verden heute noch 49 Fabrikgebäude umfaßt, waren die Lokomotiven-, Dampfessel- und Maschinenbau. Später kam die Erzeugung von Automobilen, einer Reihe anderer Maschinenarten und besonders landwirtschaftlicher Maschinen hinzu. Aber der Hanomag fiel die Umstellung fast ebenso schwer wie den gleichzeitig finanziell zusammengebrochenen Vorsig-Werken. Seit 1928 wurde keine Dividende mehr verteilt. 1928 wurde eine große technische Umstellung vollzogen und das Produktionsprogramm auf Lokomotiven, Dampfessel, Schlepper und Autos beschränkt. Im Juli 1931 wurde eine finanzielle Sanierung durchgeführt und das Kapital von 14,47 auf 8 Millionen Reich zusammengelegt. Schließlich versuchte man sich finanziell flott zu machen, daß man die 14,3 Prozent Lokomotivbauquote, die man im deutschen Lokomotivmarkt hatte, für fünf Millionen Reich an Henschel u. Sohn in Kassel, die größte deutsche Lokomotivfabrik, verkaufte.

Selbstverständlich muß dem gerichtlichen Vergleichsverfahren mit den Gläubigern eine gründliche finanzielle Sanierung folgen. Die heutige Leiterin der Hanomag, der Schwerindustrie Kötztingen-Konzern, der 80 Prozent des Aktienkapitals von neun Millionen Reich besitzt, wird eine empfindliche Kapitalabfuhr durchzuführen müssen, um für die erforderlichen Sanierungskredite Raum zu schaffen. Damit diese Kredite aber zur Verfügung gestellt werden können, wird der Staat in irgendeiner Form angehalten, den anormalen Wirtschaft- und Kreditverhältnissen in Deutschland einzuspringen und neben der Berantwortung auch eine Kontrolle übernehmen müssen.